Was am Ende des Monats übrig bleibt

Autor(en): **Knupfer, Caroline / Knöpfel, Carlo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **104 (2007)**

Heft 2

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-840183

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Was am Ende des Monats übrig bleibt

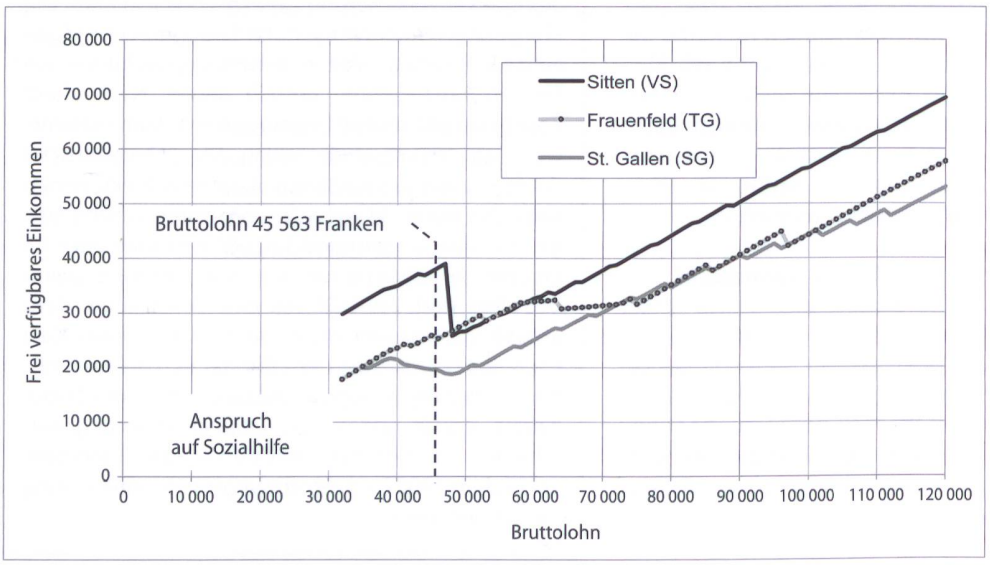
Das frei verfügbare Einkommen hängt nicht nur vom Lohn ab. Die SKOS präsentiert die Ergebnisse einer aktualisierten Studie und stellt fest: Der Wohnort spielt auch 2006 eine entscheidende Rolle.

Vor fünf Jahren hat die SKOS zum ersten Mal untersucht, welchen Einfluss Steuern, Krankenversicherungsprämien, Sozialtransfers, Mieten und die familienergänzende Kinderbetreuung auf das frei verfügbare Einkommen von Haushalten haben. Das Ergebnis* war beunruhigend: Armut hängt vom Wohnort ab, so das Fazit. Die Studie wurde nun mit Stichdatum 1.1.2006 aktualisiert und erweitert. Im Zentrum steht die Frage, wie sich die aktuellen kantonalen und kommunalen Abgabe- und Transfersysteme in den 26 Kantonshauptorten auf das frei verfügbare Einkommen auswirken. Untersucht wurden die gleichen drei Haushaltstypen wie bereits im Jahr 2002: Alleinerziehende mit einem Kind, Familie mit zwei Kleinkindern und alleinstehender alimentenpflichtiger Mann.

Die SKOS legt die Ergebnisse der Studie in zwei Schlussberichten vor. Im ersten nun publizierten Bericht werden die interkantonalen Unterschiede bei den Steuern, den Krankenversicherungsprämien, den Krippentarifen, den Mieten und den einzelnen Sozialtransfers dokumentiert. Dabei werden die frei verfügbaren Einkommen von den drei verschiedenen Haushaltstypen mit jenen aus dem Jahr 2002 verglichen. Menschen mit Anspruch auf Sozialhilfe sind im vorliegenden Schlussbericht noch nicht eingeschlossen.

Die aktuelle Studie geht im Vergleich zu ihrer Vorläuferin noch einen Schritt weiter: Ein Simulationsmodell zeichnet für jeden Kantonshauptort den Verlauf des frei verfügbaren Einkommens der drei Haushaltstypen nach, und zwar ausgehend von niedrigen bis hin zu Mittelschichtseinkommen von 120 000 Franken. So können kritische Bereiche identifiziert werden, in denen systembedingte Ungerechtigkeiten existieren. Dies ist der Fall, wenn sich die verfügbaren Einkommen von vergleichbaren Bruttolöhnen stark unterscheiden oder wenn sich eine Erhöhung des Lohneinkommens nicht auf das verfügbare Einkommen niederschlägt.

Entwicklung des frei verfügbaren Einkommens für eine Alleinerziehende mit einem Kind



Grosse Differenzen

Die verfügbaren Einkommen der untersuchten Falltypen variieren auch 2006 stark von Kantonshauptort zu Kantonshauptort (s. Tabelle). Während der alleinerziehenden Frau mit einem Kind in Sitten vom jährlichen Bruttolohn von 45 563 Franken fast 38 000 Franken für den Lebensunterhalt bleiben (Essen, Kleidung, Freizeit, Kommunikation, Zusatzversicherungen), sind es in St. Gallen nicht einmal mehr 20 000 Franken. Auch wenn sich die interkantonale Spannweite der verfügbaren Einkommen seit 2002 leicht verringert hat, bleibt sie mit über 18 000 Franken beachtlich. Die unterschiedliche Praxis der Alimentenbevorschussung spielt bei den interkantonalen Unterschieden eine grosse Rolle. Aber auch die stark variierenden Kosten für die Kinderkrippe und die Miete sind von Belang.

Auch beim Falltyp «Familie mit einem Einkommen», dem traditionellen Ernährerlohnmodell, ist die Spannweite mit rund 14 000 Franken zwischen dem höchsten und dem niedrigsten verfügbaren Einkommen gross, wenn auch etwas kleiner als 2002. An der Spitze und am Ende der Rangliste haben sich keine Veränderungen ergeben. Einige Kantonshauptorte konnten ihre Position jedoch ver-

bessern und andere stehen schlechter da als vor fünf Jahren, was mit Anpassungen der Sozialtransfers und Abgaben zu begründen ist. Beim Falltyp «alleinstehender Mann» gibt es im Vergleich zu 2002 keine nennenswerten neuen Erkenntnisse.

Zweites Einkommen

Die angestrebte Aufbesserung des Familienbudgets durch ein zweites Einkommen mit niedrigem Pensum (jährlicher Lohn von 6662 Franken) tritt in Wirklichkeit nicht überall ein: In Basel beträgt die reale Zunahme des frei verfügbaren Einkommens gerade mal 35 Prozent und in Bellinzona sogar nur 5 Prozent. In Genf und Zürich hingegen erhöht es sich fast um den gesamten Zusatzverdienst. Die neuen Resultate zeigen auch: Wer mittels eines zweiten Einkommens das verfügbare Einkommen stark aufbessert, besitzt nicht zwingend mehr Mittel. So verfügt die Familie in Zürich beispielsweise über ein tiefes frei verfügbares Einkommen, während jene in Bellinzona ein vergleichsweise hohes verfügbares Einkommen hat. Im Sinne einer «good practice» könnte Genf erwähnt werden, wo sowohl das frei verfügbare Einkommen als auch der Anteil des zweiten Einkommens im interkantonalen Vergleich hoch sind.

Einkommenseinbrüche

Aus sozialpolitischer Sicht besonders interessant sind die Verläufe der verfügbaren Einkommen über das gesamte Einkommensspektrum von 0 bis 120 000 Franken. Hier zeigt sich, wie gut das Steuersystem und die verschiedenen Sozialtransfers aufeinander abgestimmt sind. Es ist zu beobachten, dass die positive Wirkung einer Sozialleistung auf das frei verfügbare Einkommen plötzlich entfällt oder sogar ins Gegenteil umschlägt – je nach Höhe des Bruttoeinkommens. So können sich kleine Unterschiede beim Bruttolohn gravierend auf das frei verfügbare Einkommen auswirken. In diesen kritischen Bereichen des Einkommensverlaufs lohnen sich Anstrengungen zu einer Einkommensverbesserung kaum. Die Abbildung (S. 16) zeigt exemplarisch den Verlauf des frei verfügbaren Einkommens für den Falltyp «alleinerziehende Mutter mit einem Kind» für die Kantonshauptorte Sitten, St. Gallen und Frauenfeld. Daraus wird zweierlei deutlich: Die interkantonalen Unterschiede verändern sich je nach der Höhe des Bruttoeinkommens rasch. Und es gibt Einkommensbereiche, in denen der Lohn zwar zunimmt, das verfügbare Einkommen aber sinkt.

Frei verfügbare Einkommen 2002/2006

	Alleinerziehende mit einem 3 1/2-jährigen Kind (Bruttolohn 45 563 Franken)				Familie mit zwei Kindern (Bruttolohn 52 911 Franken)				Alleinstehender Mann mit Alimentenverpflichtung (Bruttolohn 51 422 Franken)			
	2002		2006		2002		2006		2002		2006	
	In Fr.	In % Brutto-lohn	In Fr.	In % Brutto-lohn	In Fr.	In % Brutto-lohn	In Fr.	In % Brutto-lohn	In Fr.	In % Brutto-lohn	In Fr.	In % Brutto-lohn
Maximum	36 290	80%	37 942	83%	38 241	72%	39 056	74%	33 151	64%	32 312	63%
Minimum	14 531	32%	19 580	43%	23 658	45%	25 144	48%	26 822	52%	28 146	55%
Range	21 759		18 362		14 583		13 912		6329		4166	
Mittelwert	25 936	57%	26 199	58%	30 514	58%	31 366	60%	29 859	58%	30 245	59%

Instrument für die Politik

Die neue Studie basiert auf einem Berechnungs- und Simulationsmodell, das von der SKOS und Interface Politikstudien gemeinsam entwickelt wurde. Dieses Instrument testet die Wirkung einer bestimmten Sozialleistung im Zusammenspiel mit anderen Transfers und Ausgaben. So können Systemfehler identifiziert und die Wirkung korrigierender Massnahmen evaluiert werden. Die Anwendungsmöglichkeiten sind vielseitig. Das zeigen ein paar sozialpolitisch aktuelle Fragen, die mit dem Einsatz des neuen Instrumentariums sachlicher diskutiert werden können: Welche Wirkung hätte eine Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien? Würde eine Steuerbefreiung des Existenzminimums den sozialpolitisch erwünschten Effekt bringen? Welche Folgen hätte eine andere Ausgestaltung der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung? Und schliesslich: Welche Wirkung entfalten die neuen SKOS-Richtlinien?

Die letzte Frage wird im zweiten Schlussbericht beantwortet, der im Herbst 2007 publiziert wird. Dabei wird der Übergang von der Sozialhilfe in das fürsorgefreie Steuer- und Sozialtransfersystem fokussiert. ■

Caroline Knupfer
Leiterin Fachbereich Grundlagen und Forschung der SKOS
Carlo Knöpfel
Mitglied der SKOS-Geschäftsleitung

Schlussbericht bestellen bei: www.skos.ch

**Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz, Kurt Wyss, Caroline Knupfer, 2003.*